Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8995**

16. Wahlperiode 28. 04. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Axel Troost, Werner Dreibus, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/7191 –

Aktionsplan „Finanzmärkte demokratisch kontrollieren, Konjunktur und Beschäftigung stärken“ – Aus den internationalen Finanzturbulenzen Konsequenzen ziehen

A. Problem

Probleme am US-Hypothekenkreditmarkt haben zu einer weltweiten Finanzmarktkrise geführt. Teilnehmer der meisten Finanzmärkte der Welt hatten verbriefte US-Hypothekenkredite mit großen Renditeerwartungen erworben. Durch die Entwicklungen am US-Immobilienmarkt wurden die Kredite notleidend; die daraus abgeleiteten Subprime-Assets sind nun bilanziell abzuschreiben. Dadurch entsteht weltweit ein hohes Verlustpotential. Neben den daraus resultierenden, teilweise existenzbedrohenden Verlusten bei Banken und den damit verbundenen Steuermindereinnahmen der öffentlichen Hand schränkt das derzeit zu beobachtende geringe Vertrauen zwischen den Finanzmarktakteuren die Funktionsweise der Finanzmärkte erheblich ein.

B. Lösung

Mit dem Antrag wird angestrebt, die Bundesregierung aufzufordern, zum einen auf internationaler Ebene eine Regulierung der Finanzmärkte zu erreichen. Zum anderen sollen auf nationaler Ebene Initiativen ergriffen werden, um die Verbraucher besser zu schützen, Finanzmarktturbulenzen abzuschwächen und aufzufangen sowie die deutsche Wirtschaft weniger anfällig für Turbulenzen auf ausländischen Märkten zu machen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Beibehaltung der bestehenden Rechtslage.

D. Kosten

Finanzielle Auswirkungen auf die Haushalte der öffentlichen Hand werden in der Vorlage nicht ausgewiesen.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/7191 abzulehnen.

Berlin, den 25. April 2008

Der Finanzausschuss

Eduard Oswald	**Dr. Axel Troost**	**Nina Hauer**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Axel Troost und Nina Hauer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/7191** in seiner 143. Sitzung am 15. Februar 2008 dem Finanzausschuss zur federführenden Beratung sowie dem Rechtsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen. Die mitberatenden Ausschüsse haben die Vorlage in ihren Sitzungen am 23. April 2008 erörtert. Der Finanzausschuss hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 23. April 2008 behandelt und seine Beratungen abgeschlossen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Als Ursachen der Finanzmarktkrise nennt der Antrag neben dem US-Hypothekenmarkt selbst Lücken in der Finanzmarkt- und insbesondere der Bankenaufsicht. Zudem habe ein systemischer Zielkonflikt von Rating-Agenturen zur Unterschätzung der Risiken geführt. Darüber hinaus identifiziert der Antrag eine Umverteilungspolitik „von unten nach oben“, die weltweite Privatisierung der Alterssicherungssysteme, die Deregulierung der Finanzmärkte mit einer daraus entstandenen Vielzahl von Finanzprodukten, die Exportorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik, die nachhaltig schwache deutsche Binnennachfrage, gesunkene Realeinkommen sowie die Mehrwertsteuererhöhung als Ursache für die größere Risikoanfälligkeit des ökonomischen Gesamtsystems. Mit Selbstregulierung könne den Problemen nicht wirksam begegnet werden. Vielmehr würde man riskieren, dass sich finanzielle Turbulenzen auch in Zukunft zu Finanzkrisen ausweiten.

International seien zur Lösung dieser Probleme Verhandlungen voranzutreiben, damit die Finanzmärkte wirkungsvoll reguliert werden können. Es müsse eine öffentliche und unparteiische Rating-Agentur geschaffen werden. Außerdem sei eine grundsätzliche Wende in der Finanzmarktpolitik durch Maßnahmen wie eine Mindestkapitalpflicht für Geschäfte von Banken mit Hedge-Fonds und Einführung einer Tobin-Steuer herbeizuführen.

Auf nationaler Ebene müsse unverzüglich die Praxis des Kreditverkaufs eingeschränkt werden. Die Geschäftspolitik der Landesbanken sei durch die Bundesregierung über die Landesfinanzminister so zu beeinflussen, dass Unternehmensfinanzierung im Mittelpunkt steht und riskante Anlagen vermieden werden. Verlustrisiken in der Altersvorsorge seien einzuschränken und das umlagefinanzierte Rentensystem zu stärken. Die Haftung von Unternehmensvorständen und -aufsichtsräten seien auszuweiten. Eine Börsenumsatzsteuer sei einzuführen. Die im Antrag als aggressiv bezeichnete Exportorientierung der deutschen Wirtschaft sei zu Gunsten einer Binnenorientierung zu wenden. Hierzu sei ein Zukunfts- und Investitionsprogramm der Bundesregierung aufzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** empfiehlt in seiner 96. Sitzung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfiehlt in seiner 62. Sitzung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt in seiner 76. Sitzung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Finanzausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** und die **Fraktion der SPD** lehnten den Antrag als Politik des Staatsinterventionismus ab. Instrumente der Finanzmarktregulierung könnten nur international abgestimmt eingeführt werden. Die Bundesregierung habe diesbezüglich in den letzten Monaten große Erfolge in internationalen Gremien erzielt. Zu nennen seien insbesondere die deutschen Verhandlungserfolge bezüglich neuer Regelungen für Rating-Agenturen und Hedge-Fonds. Eine Binnenmarktorientierung, wie sie der Antrag fordert, sei hingegen nicht zielführend. Im Umgang mit der Problematik der Kreditverkäufe sei eine differenzierte Politik erforderlich. Entsprechende Vorschläge würden derzeit von den Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD erarbeitet. Die schlichte Aufforderung des Antrags, die Praxis des Kreditverkaufs einzuschränken, greife hingegen zu kurz und werde daher abgelehnt. In der Summe sei der Antrag nicht geeignet, einer grundsätzlichen Debatte zur Reform der Finanzmärkte nach der aktuellen Finanzmarktkrise beizutragen. Die Vorschläge des Antrags seien eher geeignet, Verbrauchern zu schaden als international tätige Spekulanten zu bremsen. Daher beantragten die Koalitionsfraktionen, die Debatte zu dieser Vorlage umgehend abzuschließen und über den Antrag abzustimmen.

Die **Fraktion der FDP** schloss sich der Kritik der Koalitionsfraktionen an. Die Tobin-Steuer sei nicht geeignet, Probleme des Finanzmarkts zu lösen. Eine Konzentration des Geschäfts der Landesbanken auf Unternehmensfinanzierung würde eine Konkurrenz zu privaten Geschäftsbanken darstellen. Das sei nicht zielführend und nicht Aufgabe der öffentlichen Hand.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte zur Begründung des Antrags, es sei offensichtlich, dass nicht nur mehr Transparenz, sondern auch mehr Regulierung der Finanzmärkte notwendig wäre. Hierfür sei insbesondere die Erhöhung der

Eigenkapitalunterlegung für Kredite an Hedge-Fonds notwendig. Außerdem seien Eingriffe in die Geschäftsmodelle der Landesbanken und die Einführung einer Haftungsregelung für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder von Unternehmen unabdingbar. Die aktuelle Finanzmarktkrise würde dies deutlich zeigen. In der Summe seien alle Maßnahmen in eine binnenmarktorientierte Wirtschaftsstrategie einzubetten, um die Abhängigkeit vom Export und den internationalen Finanzmärkten zu reduzieren. Zur Problematik der Kreditverkäufe habe die Fraktion DIE LINKE. zur Präzisierung der Forderung des vorliegenden Antrags einen weiteren Antrag eingebracht, der mit in diese Debatte einbezogen werden sollte. Außerdem habe sich auch bezüglich anderer Themen die Position der Fraktion DIE LINKE. im Verlauf der aktuellen Finanzmarktkrise weiterentwickelt. Beispielsweise sei zu diskutieren, ob die Einführung eines Finanz-TÜV statt der Schaffung einer öffentlichen Rating-Agentur zielführender wäre. Daher regte die Fraktion DIE LINKE. an, die Debatte des Antrags zum jetzigen Zeitpunkt nicht abzuschließen. Vielmehr sollten die Vorlagen aller Fraktionen zur Lösung der Finanzmarktkrise in einer gesonderten Debatte behandelt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, manche Forderungen des Antrags, wie beispielsweise zu Basel II oder zum Umgang mit Hedge-Fonds, seien durchaus konsensfähig. Das als Maßnahme gegen die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft geforderte Zukunfts- und Investitionsprogramm stelle allerdings eine viel zu pauschale Forderung dar, die in keiner Weise zielführend sei, um Probleme des Finanzmarkts zu lösen. Der notwendige geld- und fiskalpolitische Mix sei sehr viel komplexer und müsse auf EU-Ebene abgestimmt werden. Außerdem greife die vorgeschlagene Schaffung einer öffentlichen Rating-Agentur zu kurz, da nicht nur privatrechtlichen Marktteilnehmern, wie beispielsweise Rating-Agenturen, sondern insbesondere auch öffentlich-rechtlichen Institutionen wie Landesbanken oder der Finanzmarktaufsicht Fehler in der Krise vorzuwerfen sind. Diese Forderungen müssten sehr viel detaillierter diskutiert werden, als dies der vorliegende Antrag leistet.

Die Bundesregierung betonte im Verlauf der Ausschussberatung, die Basel-II-Regelungen hätten zu dem Zeitpunkt, zu dem die Finanzmarktkrise ihren Anfang genommen hat, noch nicht gegolten. Daher sei die Aussage des Antrags, die Baseler Regelungen seien durch die Auslagerung von Risiken in Zweckgesellschaften umgangen worden, sachlich unzutreffend.

Zur Auffassung des Antrags, die Stärkung privater Altersvorsorge neben der gesetzlichen Rentenversicherung habe den Kapitalmarkt geschwächt, unterstrich die Bundesregierung ausdrücklich, dass sie dies nicht teile. Vielmehr sei es richtig und wichtig gewesen, die gesetzliche Rentenversicherung durch private Altersvorsorge – unter Berücksichtigung der notwendigen Risikoeinschränkungen – zu ergänzen. Die Fraktion DIE LINKE. unterstützte hingegen ihre Forderung mit dem Verweis auf die Dokumentation „Rentenangst“ des „Saarländischen Rundfunks“ (ARD, 9. März 2008, 23.30 Uhr), die deutlich gemacht habe, dass die Rentenexperten, die eine Stärkung der privaten Rentenversicherung gefördert haben, von den Anbietern privater Rentenversicherungen bezahlt werden. Der Sichtweise der Bundesregierung könne daher nicht gefolgt werden.

Schließlich wies die Bundesregierung die Forderung nach Einschränkung der Exportorientierung der deutschen Wirtschaft als absurd zurück. Es sei durchaus richtig und notwendig, die Binnennachfrage – auch mit steuerlichen Maßnahmen – zu stärken. Der Export habe aber insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten konjunkturstützend gewirkt. Hierauf erwidert die Fraktion DIE LINKE., ursächlich für die Stärke des deutschen Exportsektors sei die Senkung der Lohnkosten, wodurch die Binnennachfrage geschwächt und der Export gestärkt wurden. Derzeit sei in Deutschland der erste Konjunkturaufschwung mit sinkenden Reallöhnen zu beobachten. Diese Entwicklung müsse wieder in ihr Gegenteil verkehrt werden. Die Forderung des Antrags nach einem Zukunfts- und Investitionsprogramm stelle hierfür ein geeignetes Instrument dar.

Zur Forderung des Antrags nach Einführung einer Tobin-Steuer betonten die Koalitionsfraktionen, dies sei bereits mehrfach erschöpfend diskutiert worden. Eine erneute Befassung mit diesem nicht mehr zeitgemäßen Vorschlag werde abgelehnt. Die Fraktion DIE LINKE. gab zu bedenken, dass bisher keiner die Dimension der aktuellen Finanzmarktkrise erwartet habe. Wegen des überraschenden Ausmaßes der Krise müssten nun auch bereits verworfene Maßnahmen erneut diskutiert werden, damit sich dies nicht wiederholen kann. Eine Entschleunigung der Finanzmärkte sei dringend geboten.

Der Ausschuss kommt mehrheitlich überein, die Beratung zu der Vorlage abzuschließen und über den Antrag abzustimmen. Dem Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., die Beratung gemeinsam mit der Erörterung anderer Vorlagen zur Finanzmarktkrise fortzusetzen, wird nicht gefolgt.

Berlin, den 25. April 2008

Dr. Axel Troost	**Nina Hauer**
Berichterstatter	Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333